



Innenausschuss

45. Sitzung (öffentlich)

18. September 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Beate Mennekes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung 7

Die Tagesordnung wird um eine Aktuelle Viertelstunde erweitert.

Aktuelle Viertelstunde 7

Onlineeinbruch von amerikanischen und britischen Geheimdiensten bei nordrhein-westfälischen Unternehmen und Internet Providern

Auf Antrag der Fraktion der Piraten

– MDgt Wolfgang Düren (MIK) berichtet 3

– Aussprache 5

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)** **12**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)
Vorlage 16/2173
- Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales**
- Minister Ralf Jäger (MIK) berichtet **8**
- Frage von Dr. Robert Orth (FDP) **10**
- 2 Mitarbeiterin des NRW-Innenministeriums an Loveparade-Gutachten beteiligt?** **15**
- Vorlage 16/2192
- Aussprache **11**
- 3 Antisemitische Parolen mit Polizei-Megafon skandiert?** **16**
- Vorlage 16/2188
- Aussprache **12**
- 4 Einbindung der Polizei in die Überwachung der Lafontaine-Attentäterin Adelheid S.** **20**
- Vorlage 16/2193
- Aus dem Ausschuss ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.
- 5 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen** **21**
- Vorlage 16/2194

Innenausschuss

18.09.2014

45. Sitzung (öffentlich)

me

– Aussprache

17

12 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG) 30

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

Der Ausschuss kommt überein, am 23. Oktober 2014 ein Sachverständigengespräch durchzuführen.

6 Rechte „Bürgerwehren“ auf dem Vormarsch – Was unternimmt die Landesregierung? 31

Vorlage 16/2195

Aus dem Ausschuss ergibt sich kein weiterer Diskussionsbedarf.

7 Realistische Erfassung von Sicherheitsproblemen – Reform der Datenerfassung und -auswertung der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) 32

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3438
Ausschussprotokoll 16/518

– Aussprache

28

Der Antrag der Fraktion der Piraten Drucksache 16/3438 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und CDU gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

8 Siebtes Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales sowie zur Änderung weiterer Gesetze 34

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 16/6194

In Verbindung mit:

Bericht über die Evaluation des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Vorlage 16/2046

– Aussprache 30

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Piratenfraktion angenommen.

9 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Landesfarben, das Landeswappen und die Landesflagge 36

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6192

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das öffentliche Flaggen 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6193

Der Gesetzentwurf wird mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

11 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zum Schutz personenbezogener Daten (Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen – DSGVO NRW) 38

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6634

– Aussprache 34

Der Ausschuss kommt überein, ein Sachverständigengespräch durchzuführen. In der Obleuterunde am 23. Oktober 2014, um 9:45 Uhr, werden die weiteren Modalitäten geklärt.

13 Ermittlungen gegen einen Aachener Polizeianwärter und weitere Beteiligte nach wochenlangem fremdenfeindlichem Mobbing einer Studienkollegin	40
– Minister Ralf Jäger (MIK) berichtet	36
– MDgt Wolfgang Düren (MIK) berichtet	37
– Aussprache	40

* * *

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2015 (Haushaltsgesetz 2015)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6500
Drucksache 16/6710 (Ergänzung)
Vorlage 16/2173

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

Vorsitzender Daniel Sieveke weist darauf hin, dass die Einzelberatung am 23. Oktober stattfindet. Mit Blick auf den Zeitplan des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses erfolgten die Abschlussberatung und Abstimmung zum Einzelplan 03 spätestens am 20. November 2014.

Minister Ralf Jäger (MIK) führt aus:

Ich bin der Meinung, dass wir mit dem Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2015, was das Innenressort angeht, gut aufgestellt sind. Wir haben eine leichte Steigerung der Aufgaben und wachsende Anforderungen. Trotzdem werden wir mit dem Haushaltsplanentwurf den Herausforderungen gerecht und halten gleichzeitig das gebotene Maß im Sinne der Haushaltskonsolidierung ein. Der Erläuterungsband mit den Ausführungen zum Einzelplan und zu den einzelnen Kapiteln liegt Ihnen vor. Ich beschränke mich deshalb auf einige wesentliche Punkte:

Das Ausgabevolumen ist gegenüber dem laufenden Jahr um 82,72 Millionen € erhöht und liegt damit bei 5,134 Milliarden €. Von dieser Steigerung entfallen rund 32 Millionen € auf die Personalausgaben, 50 Millionen € auf den Sachhaushalt. Zu den Personalausgaben ist anzumerken, dass die Erhöhung aus der Besoldungs- und Tarifierhöhung in den Ansätzen natürlich noch nicht berücksichtigt sein kann. Hieraus erklärt sich auch der relativ geringe Umfang der Ansatzsteigerung. In diesem sehr personalintensiven Einzelplan sind etwa 3,8 Millionen € Personalausgaben vorgesehen, 1 Milliarde € davon sind Versorgungsausgaben.

Zum Stellenbestand: Gegenüber dem Jahr 2014 stehen per Saldo 190 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf. 392 sind neu, 202 Stellen entfallen. 240 der neuen Planstellen sind für die Polizei. Die sind notwendig, um zum 1. September die Anwärterinnen und Anwärter übernehmen zu können. Die Planstellen entfallen zum Jahresende. Unter dem Strich handelt es sich also nicht um echte zusätzliche Stellen, sondern es geht um die Sicherung im Haushalt, damit die ausgebildeten Anwärterinnen und Anwärter nach der Ausbildung tatsächlich einer Planstelle zugeführt werden können.

Für die Bezirksregierungen sind 120 neue Planstellen und Stellen für diverse Fachaufgaben vorgesehen, beispielsweise die Unterbringung von Flüchtlingen, die Bearbeitung von Förderprogrammen wie EFRE und ESF sowie die Durchführung von Planfeststellungsverfahren im Verkehrsbereich oder für den Hochwasserschutz.

Wie in den letzten Jahren auch – darauf können wir ein wenig stolz sein – richten wir 16 befristete Stellen ein, um schwerbehinderte Menschen mit der Qualifizierung zu Verwaltungsfachangestellten einstellen zu können.

Und: Wir haben 178 kw-Vermerke aus der 1,5%igen Stellenreduzierung gestrichen.

Was den Nachwuchs in der Landesverwaltung angeht, möchte ich auf Folgendes aufmerksam machen: Der Entwurf 2015 berücksichtigt insgesamt 1.885 Einstellungsermächtigungen und 377 Stellen für Auszubildende. Damit reagieren wir einerseits auf die demografische Entwicklung des Personalkörpers, kommen andererseits aber auch der Verpflichtung nach, unseren Beitrag zur Ausbildung junger Menschen zu leisten.

Wir wollen, dass den Polizeibehörden im Land nach drei Jahren tatsächlich 1.400 Kommissarinnen und Kommissare real zur Verfügung stehen. Deswegen haben wir 1.522 Einstellungsermächtigungen vorgesehen. Die zusätzlichen 100 dienen der Kompensation derjenigen, die die Ausbildung nicht beenden. Die Altersstruktur der Polizei wird hiermit sowie durch die Steigerung der Einstellungszahlen nachhaltig verbessert. Weitere 22 Einstellungsermächtigungen waren notwendig als Ausgleich für 22 Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen, die in den Bereich des Verfassungsschutzes wechseln. Sie alle kennen die Problematik des Salafismus. Darauf müssen wir reagieren.

Im Sachhaushalt des Einzelplans sind rund 1,3 Milliarden € veranschlagt. Insbesondere das Asylkapitel erfährt mit 77 Millionen € einen deutlichen Zuwachs. Das ist der weiterhin steigenden Zahl von Asylsuchenden geschuldet. Allein die Landeszuweisungen an die Kommunen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz steigen um knapp 52 Millionen € auf über 143 Millionen €. Insgesamt sind hier 286 Millionen € veranschlagt. Die zunehmenden Flüchtlingsströme stellen uns nicht nur vor dem finanziellen Hintergrund vor immer neue Aufgaben, sondern dies ist insbesondere logistisch zu bewältigen.

Der Sachhaushalt der Polizei bewegt sich mit 576 Millionen € in etwa auf dem Vorjahresniveau. Für den Aufbau des Digitalfunks sind im Haushalt 2015 rund 47 Millionen € vorgesehen. Die hier rückläufigen Ansätze entsprechen der Projektplanung. Das Projekt ist insgesamt im Zeit- und im Kostenrahmen.

Die Investitionen in den Fuhrpark der Polizei werden ebenso wie die Erneuerung der Hubschrauberflotte weitergeführt.

Zum Feuerschutz möchte ich betonen, dass wir die Landeszuschüsse an die Kommunen mit 35 Millionen € auf dem hohen Niveau der Vorjahre auszahlen

können. In der Titelgruppe 60 führen wir die wichtige Stärkung des Ehrenamtes in den Feuerwehren mit 1,7 Millionen € mehr als im Vorjahr fort.

Der Einzelplan dieses Geschäftsbereichs besteht aus 14 Kapiteln mit fast 1.000 Titeln. Ich denke, es ist in Ihrem Interesse, dass ich nicht auf jeden einzelnen Punkt eingegangen bin und mich auf Schwerpunkte beschränkt habe.

Bezugnehmend auf die 120 neuen Planstellen in den Bezirksregierungen und die 178 gestrichenen kw-Vermerke möchte **Dr. Robert Orth (FDP)** wissen, ob dauerhaft mit 298 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr geplant werde, als ursprünglich vorgesehen. Denn es stelle sich die Frage, ob es überall Rationalisierungseffekte gebe, nur nicht bei den Bezirksregierungen.

Minister Ralf Jäger (MIK) erklärt, die Bezirksregierungen hätten in den letzten Jahren, aber insbesondere in den Jahren 2005 bis 2010 einen rapiden Stellenabbau erfahren, ohne dass im gleichen Zuge Aufgaben reduziert worden seien. Die Auslastung des Personalkörpers in den Bezirksregierungen sei extrem hoch, auch gemessen an anderen Bereichen der Landesverwaltung.

Im Übrigen gebe es wohl ein Missverständnis. Die 120 Planstellen seien ausschließlich für die Bezirksregierungen vorgesehen, aber das Auskehren von 178 kw-Stellen beziehe sich auf den kompletten Geschäftsbereich.

